

Antrag 75/I/2022
AG Migration und Vielfalt
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Umsetzung eines Landesaufnahmeprogramms Afghanistan

1 Die SPD-geführte Landes-
2 regierung sowie die SPD-
3 Landtagsfraktion werden aufge-
4 fordert, sich für die Umsetzung
5 eines Landesaufnahmepro-
6 gramms Afghanistan einzuset-
7 zen. Dieses soll in Ergänzung zum
8 Bundesaufnahmeprogramm Af-
9 ghanistan, das am 17.10.2022
10 vorgestellt wurde, einen wich-
11 tigen Beitrag dazu leisten, af-
12 ghanischen Staatsangehörigen
13 Schutz zu gewähren. Eine Vor-
14 aussetzung dafür soll sein, dass
15 deren Angehörige oder Dritte
16 bereit sind, deren Aufenthalt in
17 Deutschland voll umfänglich zu
18 finanzieren und als Nachweis
19 eine Verpflichtungserklärung
20 abzugeben.

21

Begründung

23 Am 17.10.2022 haben Bundesin-
24 nenministerin Nancy Faeser und
25 Außenministerin Annalena Baer-
26 bock das Bundesaufnahmepro-
27 gramms Afghanistan vorgestellt.
28 Zielgruppe sind Afghanische

Klärung, ob die Beteiligung am
Bundesaufnahmeprogramm
oder unabhängig davon ein
Landesaufnahmeprogramm
gefordert wird.

29 Staatsangehörige in Afghanistan,
30 die u.a. durch ihren Einsatz für
31 Frauen- und Menschenrechte
32 oder durch ihre Tätigkeit in den
33 Bereichen Justiz, Politik, Medien,
34 Bildung usw. individuell beson-
35 ders gefährdet sind. Um darüber
36 hinaus afghanischen Menschen,
37 die bereits in Deutschland
38 sind, die Möglichkeit zu geben,
39 ihre Angehörigen nachzuho-
40 len, wurde angekündigt, dass
41 anders als bisher Landesauf-
42 nahmeprogramme durch das
43 Bundesministerium für Inneres
44 und Heimat (BMI) freigegeben
45 werden. Die brandenburgische
46 Landesregierung soll sich somit
47 den Ländern Berlin, Thüringen,
48 Hessen und Schleswig-Holstein
49 anschließen, die bereits soge-
50 nannte „Einvernehmensbitten“
51 zu entsprechenden Landesauf-
52 nahmeprogrammen gestellt
53 haben. Hierbei handelt es sich
54 um ein Format, das auf Bundes-
55 ebene bereits für Syrerinnen und
56 Syrer Anwendung fand. Durch
57 die hohe Eigenverantwortung
58 würden finanzielle Belastun-
59 gen des Staates weitgehend
60 vermieden.